

Aufruf zu einem kämpferischen 1. Mai in Zürich

Schluss mit Kahlschlag und Sozialabbau! Schluss mit dem Kürzen!

3 x NEIN am 16. Mai gegen die unsoziale Politik des Bundesrates

Seit Jahren betreibt die „Wirtschaft“ unter dem Deckmantel der Konkordanz und der Sozialpartnerschaft die gleiche, neokonservative Kahlschlagspolitik: Lohn- und Arbeitsplatzabbau, Verschlechterung und Verteuerung der öffentlichen Dienste, die für die Privatisierung fit gemacht werden (Post und Telekom, SBB, Gesundheitswesen, Hochschulbildung, usw.), sozialer Kahlschlag in allen Bereichen. Es handelt sich um eine Politik von ausserordentlicher Brutalität gegenüber der grossen Mehrheit der Bevölkerung. Die Wirtschaftsführer, ihre Organisationen wie *economiesuisse* und *avenir suisse* und ihr politisches Personal in Bundesrat und Parlament wollen alle sozialen und demokratischen Errungenschaften der Lohnabhängigen kaputt machen. Ihr Ziel ist nicht die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller, sondern die Erhöhung der Profite einer winzigen Minderheit von Besitzern, der Eigentümer der „Schweiz AG“ (UBS, CS, Novartis, Roche, Nestlé usw.).

Die 11. AHV-Revision, das Steuerpaket und die Erhöhung der Mehrwertsteuer, über die am 16. Mai abgestimmt wird, sind Raubzüge gegen die unteren und mittleren Bevölkerungsschichten. Deshalb sagen wir:

- **Nein zum Steuerpaket, das die Reichen besser stellt und Service Public und Arbeitsplätze zerstört!**

Das Steuerpaket ist dazu da, den Reichen in der Schweiz, denen es schon hervorragend geht, weitere Steuergeschenke zu machen. Wer zahlt die Rechnung? Die grosse Mehrheit der Bevölkerung würde nach Annahme des Steuerpakets dafür zur Kasse gebeten werden. Im Namen der „leeren Kassen“ werden die Subventionen für die Krankenversicherungen, die Stipendien und die Sozialhilfen gekürzt. Das Steuerpaket ist eine Gefahr auch für den Service Public. Die Folgen einer Annahme dieser Vorlage wären die Schliessung von Spitälern, Kürzungen bei den Bildungsausgaben, usw. Schliesslich würden Tausende Arbeitsplätze vernichtet.

Kurz und bündig, das Steuerpaket bringt mehr soziale Ungleichheit und weniger öffentliche Dienstleistungen. Dafür wird die Arbeitslosigkeit steigen.

Allerdings hat unser Nein nichts mit der Haltung der Kantonsregierungen zu tun, welche die Vorlage ebenfalls ablehnen. Denn diese Regierungen setzen schon seit Jahren eine Kahlschlagspolitik um, die sich gegen den Service Public und das Personal des öffentlichen Sektors richtet. Wir sind dagegen der Auffassung, dass diese Politik beendet werden muss und die öffentlichen Ausgaben erhöht werden müssen, damit die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden können!

- **Nein zur frauenfeindlichen und unsozialen 11. AHV-Revision, die eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Rentenkürzungen mit sich bringt!**

Die 11. AHV-Revision sieht die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahren vor. Dies ist nicht die erste Massnahme dieser Art: Erinnern wir uns daran, dass bis vor wenigen Jahren noch Rentenalter 62 galt. Die dritte Runde wird von Pascal Couchepin und Konsorten schon vorbereitet: Rentenalter 67 für alle (Frauen und Männer)! Wir müssen diese soziale Regression stoppen! Die 11. AHV-Revision zielt ausserdem auf eine Verlangsamung der Rentenanpassung an die Teuerung. Das Resultat: Die Kaufkraft von fast 2 Millionen Menschen würde progressiv erodiert.

Um diese Massnahmen zu rechtfertigen, reden die Herren von der „demografischen Entwicklung“: Sie führen uns in die Irre! Die AHV ist finanziell gesund: Im letzten Jahr hat die AHV 2 Milliarden Mehreinnahmen verzeichnen können. Auch die Zukunftsperspektiven der AHV sind alles andere als düster.

Es gibt in Wirklichkeit kein stichhaltiges Argument zu Gunsten der Erhöhung des Rentenalters oder der Senkung des Rentenniveaus, das schon heute viel zu tief liegt. Die Kampagne gegen diese Vorlage muss zum Ausgangspunkt eines umfassenden Kampfes für ein anderes System der Altersvorsorge werden, das sich vollumfänglich auf ein solidarisches Umlageverfahren stützt, um allen Personen eine gesicherte und ausreichende Rente zu garantieren, unabhängig von der Kaufkraft ihres Portemonnaies.

· **Nein zur Erhöhung der unsozialen Mehrwertsteuer (von 7,6% auf 9,4%), die die unteren Einkommen trifft!**

Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer (MWSt) werden wir mehr zahlen müssen, um die gleichen Produkte zu kaufen: Im Durchschnitt 768 Franken pro Jahr (64 Franken pro Monat) für einen Haushalt mit einem kumulierten Bruttoeinkommen von Fr. 80'000 (Blick, 2.3.04)!

Die Mehrwertsteuer ist zutiefst unsozial: Je mehr eine Person verdient, desto weniger zahlt sie an Steuern – und umgekehrt! Wie können „Linke“ sich dafür einsetzen? Es gibt keinen Grund, die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Die Lage bei der AHV ist keineswegs dramatisch. Die IV benötigt zweifellos zusätzliche Mittel. Doch zu diesem Zweck braucht die Mehrwertsteuer nicht erhöht zu werden: Es könnten die Lohnabzüge, die im Gegensatz zur MWSt einkommensproportional sind, angehoben werden. Weshalb verlangt man nicht wie in anderen europäischen Ländern höhere Beiträge der Unternehmen, die für die steigenden Ausgaben der IV verantwortlich sind? Warum sollen die Lohnabhängigen blechen? Es sind die Arbeitgeber, die immer mehr Invaliditätsfälle provozieren, indem sie immer mehr Stress und Prekarisierung am Arbeitsplatz verursachen!

Wenn diese **drei Abstimmungsvorlagen** angenommen werden, werden sich unsere Lebensbedingungen nochmals verschlechtern, die der Bonzen und der Superreichen verbessern. Diese drei Vorlagen zusammen sind der Ausdruck der Entschlossenheit von Bundesrat und Parlament, auf allen Ebenen den Angriff auf die Rechte der Lohnabhängigen, der RentnerInnen, der Frauen, der Jungen in Ausbildung, usw. zu beschleunigen. Eine kohärente Antwort ist deshalb dringend nötig!

★★★★★★

Dieser unsoziale Angriff steht nicht allein. Die Politik der Steuergeschenke für die Superreichen und der „leeren Kassen“ mündet im Abbau des öffentlichen Dienstes. Das Bildungswesen beispielsweise soll auf die Bedürfnisse der Konzerne in ihrem internationalen Konkurrenzkampf ausgerichtet werden, die Studiengelder sollen nach der Vorstellung der Arbeitgeberstiftung *avenir suisse* vorerst auf 5'000 Franken pro Jahr erhöht werden.

Die Politik der **Ausgrenzung** von Bevölkerungsgruppen, die fremdenfeindliche Kampagne gegen MigrantInnen dient der Einschüchterung und der Spaltung der Lohnabhängigen und der Schwächung des Widerstandes. Die bilateralen Verträge und ein Beitritt der Schweiz zum Schengen-Abkommen werden als Hebel benutzt werden, die unsoziale Politik zusätzlich zu verschärfen.

Die **Repression gegen Menschen, die Widerstand leisten**, nimmt zu. Dabei denken wir nicht nur an die Angriffe der Polizei gegen DemonstrantInnen. Auch Streiks (wie der mutige Streik der ArbeiterInnen von Allpack in Reinach) werden durch die Polizei und durch die ganze Staatsmacht unterdrückt.

Die **internationale Dimension** dieser Politik sollten wir nicht vergessen. Die USA und ihre Verbündeten führen einen imperialistischen Krieg gegen die Bevölkerung des Irak, um sich die Ressourcen dieses Landes anzueignen und präventiv die Kontrolle über den grossen Mittleren Osten zu erlangen. Die offizielle Schweiz unterstützt diesen Krieg und verbirgt hinter ihrer humanitären Maske die Strategie, überall und unter allen Bedingungen die Märkte für die Exportwirtschaft zu öffnen oder zu erhalten.

In ganz Europa regt sich Widerstand gegen die Angriffe der Regierungen (seien sie nun rechte oder linke) auf soziale und demokratische Errungenschaften der Lohnabhängigen. Die Massendemonstrationen in Deutschland, Italien und Frankreich am internationalen Aktionstag gegen Sozialkahlschlag am 3. April zeigen, dass ein grosser Teil der Bevölkerung diese Politik nicht mehr akzeptiert.



Alle, die sich dieser unsozialen Politik widersetzen wollen, rufen wir dazu auf, sich mit den unterzeichnenden Gruppen und Organisationen an der 1. Mai-Demonstration in Zürich zu beteiligen und sich für ein dreifaches Nein am 16. Mai einzusetzen!

Mit einer eigenständigen Teilnahme am 1. Mai-Umzug zeigen wir unseren Widerstand gegen die unsoziale und frauenfeindliche Politik des Bundesrates. Zugleich machen wir klar, dass wir mit der Politik der Regierungs“linken“ nicht einverstanden sind: Sie sorgt sich in erster Linie darum, ein anerkannter Juniorpartner der Bürgerlichen zu bleiben. Ein kämpferischer 1. Mai soll dazu beitragen, den Bewegungen gegen die neokonservative Offensive, den Frauen, die sich am 10. Dezember und am 8. März mobilisiert haben, den SchülerInnen und StudentInnen, den Lohnabhängigen, die gegen den Kahlschlag in Zürich demonstriert haben, einen gemeinsamen Ausdruck zu verleihen. Eine klare Niederlage von Bundesrat und Parlament am 16. Mai würde diese Bewegungen begünstigen.

Geld ist genug da: Die Bonzen und Superreichen machen Milliardenprofite dank unserer Arbeit! Schluss mit dem Kürzen: Jetzt müssen die Geldsäcke ran! Kämpfen wir dafür, dass Bedürfnisse (z. B. nach Gesundheit, Bildung, öffentliche Dienstleistungen) befriedigt werden können.

Wir rufen alle Stimmberechtigten, Frauen und Männer, dazu auf, am 16. Mai drei Mal Nein zu stimmen, um diesem Bundesrat, der am schwarzen 10. Dezember gewählt wurde, eine Niederlage an der Urne zu verpassen!

Wir wollen es aber nicht bei einer möglichen (ganz und gar nicht sicheren) Abstimmungsniederlage belassen. Letztlich sind es nicht Abstimmungen, Wahlen, Sitze in den Parlamenten und an den Verhandlungstischen, die zählen. Nur Bewegungen von unten können Kräfteverhältnisse verändern, über möglichst massive Demonstrationen und Streiks, über die kollektive und direkte Aktion. Was zählt ist die direkte Einmischung und Mobilisierung von uns allen!

Unterschrift: